



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

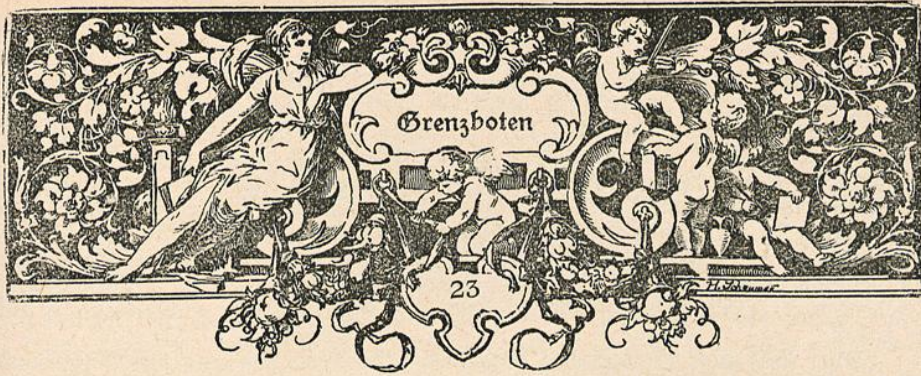
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mehrmann, Karl: Nationalitätsprinzip und Staatenvergesellschaftung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationalitätsprinzip und Staatenvergesellschaftung

Don Dr. Karl Mehrmann



Es ist der Fehler Wilsons, und es war der aller Weltbeglückter vor ihm, daß sie glaubten, sie könnten einen politischen Zustand von ewiger Dauer schaffen. So vom grünen Tisch her. Wir hören das Lied vom ewigen Frieden ja nicht zum ersten Mal aus dem diplomatischen Instrument, das Wilson seine Völkerbundsakte nennt. Dieselbe Melodie klingt ebenso aus dem Friedensvertrag, der in Münster und Osnabrück geschlossen wurde. Sie tönt aus der Urkunde, die Alexander der Erste die „heilige Allianz“ nennen ließ. Fragt man aber, wie lange die Ewigkeit solcher heilig gesprochenen Verträge und Bündnisse dauert, so erstreckt sie sich meist noch nicht über ein Menschenalter. Der westfälische Friede fing schon nach 20 Jahren in Aachen an zu zerbröckeln und setzte seinen Auflösungsprozeß in zehnjährigen Perioden zu Nimwegen und Rijswijk fort, bis er in Utrecht und Raastadt gänzlich in die Brüche ging und einem neuen Zustand in der west- und mitteleuropäischen Staatengesellschaft Platz machte. Auch dieser Stand der Dinge hielt keine 40 Jahre und zerrieb sich in den friderizianischen Kriegen, bis sich die gesamt-europäische Welt mit dem Hubertusburger Vertrage wiederum auf die Hoffnung auf einen ewigen Frieden einrichtete; eine Hoffnung, die in Kant's Schrift ihren klassischen Ausdruck fand zu einer Zeit, als schon die politische Ordnung unseres Erdteils unter den Schlägen der französischen Revolution erzitterte. Unter den Stößen der napoleonischen Siege ging diese Ordnung völlig in die Brüche, um erst auf dem Wiener Kongreß notdürftig wieder zusammengeflickt zu werden. Die Flickarbeit hielt rund 40 bis 50 Jahre; aber schon um die zwanziger Jahre rüttelten die Aufstände in Spanien, in Italien und in Griechenland an ihrem Bestand. Schlimmer noch zerrten an ihr die Juli- und die März-Revolutionen und stellten ihre Dauerhaftigkeit auf die Probe, bis dann die außenpolitischen Revolutionäre Cavour und Bismarck in mächtigen Sieben das Wiener Kongreßwerk in Trümmer schlugen und auf diesen ihren Nationalstaaten den Raum zur Entfaltung gaben. Die nationale Idee, der sie für Mittel-europa die Form durch die Errichtung des italienischen Einheitsstaates und des deutschen Reiches gegeben hatten, setzte ihre Bewegung nach dem Osten fort und flackerte hier in den Aufständen und Kriegen am Balkan auf, ohne zu einer endgültigen Lösung der slawischen Frage zu führen. Der Berliner Kongreß schuf zwar aufs neue eine europäische Staatengesellschaft, aber er schob die endgültige Antwort auf die nationale Problemstellung im Orient beiseite. Die europäische Welt hat seit ihrer Neuordnung in Berlin fast 30 Jahre Frieden gehabt, aber doch nur einen Frieden, der von fortwährenden Unruhen und Kleinkriegen am Balkan durchzittert war. Der Slavismus vermochte den in Berlin geschaffenen

Status als ewigen Zustand der europäischen Staatengesellschaft nicht anzuerkennen, ebensowenig wie sich Italien mit der 1866 erreichten Abgrenzung seines Staatsgebietes und Frankreich mit der 1871 getroffenen Regelung zufrieden gab. Am 1. August 1914 sank die europäische Staatengesellschaft in den Abgrund, wo sie zerschmettert liegen blieb. Der Verlauf des Weltkrieges stellte den Kriegführenden dann die Aufgabe, neben der Errichtung neuer Nationalstaaten und der Neuabgrenzung der bisherigen auf dem alten Kulturboden unseres Festlandes darüber hinaus einen Weltstaatenbund zu schaffen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben die erste Aufgabe, die der Neuordnung Europas, in dem Versailler Friedenswerk, Wilson die zweite in dem von ihm betreuten Völkerbund erfüllt zu haben.

Aber sieht man sich nun den Versailler Friedensvertrag und den Völkerbund, den der Präsident der Vereinigten Staaten bevormundet, an, so muß selbst ein Neutraler, auch wenn er während des Krieges mit unseren Gegnern sympathisiert hat, zugeben, daß von dem Gedanken in keiner Weise die Rede ist, der normalerweise einem Kriege folgen soll, dem Gedanken der Staatenvergesellschaftung. Wenn sonst zwei Parteien die Feindseligkeiten beendeten, so taten sie es doch, um wieder gemeinsam auf neuem Vertragsboden zusammenzuarbeiten. Eine für unsere Generation unvergeßliche Ausnahme machten die Franzosen, indem sie 1871 den Frankfurter Frieden mit dem Vorbehalt der Revanche schlossen; eine zweite der Panlawismus, der vom Berliner Kongreß unbefriedigt mit dem Wunsch nach Rache zurückkehrte; eine letzte die Bulgaren, die nach dem Bukarester Frieden 1913 ihre Fahnen mit der Hoffnung auf den Tag der Vergeltung zusammenrollten. Der jetzige Versailler Friede aber bedeutet die Ausnutzung zufälliger und augenblicklicher Überlegenheitsmomente, durch die die Franzosen uns Deutsche sich in respektvoller Ferne vom Leibe halten wollen. Und der Wilsonsche Völkerbund enthält nicht den Zusammenschluß aller Nationen, sondern die Gegenüberstellung einer Herrenorganisation und eines zusammenhanglosen Haufens geknechteter Staaten. Man hat den Bismarckschen Friedensschlüssen, die doch ausdrücklich die Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen Gleichberechtigten, wie der von Nikolsburg sogar die Freundschaft und das Bündnis mit dem Besiegten im Auge hatten, vorgeworfen, daß sie das Machtmoment ausgenutzt hätten. Man wird den sogenannten Friedensverträgen des Dreigestirns Clemenceau, Lloyd George und Wilson mit mehr Recht den gleichen Vorwurf machen müssen. Entweder also: die heutige Welt, soweit sie von ein paar Diktatoren regiert wird, hat aus den Erfahrungen eines 4 $\frac{1}{2}$ -jährigen Krieges immer noch nichts gelernt, oder es ist überhaupt nicht möglich, die Staatenpolitik von dem Geßel des Machtgedankens zu befreien.

Oder — und das scheint mir das richtige zu sein — der nationale Machtwille ist nicht umzubringen; aber er wird und muß beeinflusst werden von der Theorie und Praxis des Zusammenschlusses der Völker.

Daß Wilson das Verhältnis dieser beiden Gedanken nicht gefunden und nicht durch einen vernunftgemäßen Friedensvertrag auszudrücken verstanden hat, das bleibt die ungeheure Schuld dieses Mannes, der sich die Aufgabe zugetraut hat, Richter zwischen der alten und der neuen Welt zu werden. Sein Ruhm geht an dieser Unfähigkeit, ein von ihm verkündetes Ideal zu verwirklichen, elend zugrunde.

So müssen wir nach dem Scheitern der Wilsonschen Absicht, einen dauernden Frieden für die gesamte Welt zu errichten, zu dem Gedanken zurückkehren, ein Verhältnis zwischen dem Nationalitätsprinzip und dem Bestreben nach Vergesellschaftung der Staaten zu finden, das für eine Reihe von Jahren Dauer verspricht. Ein Ewigkeitsgesetz, wie es Wilson durch seinen Völkerbund zu stabilisieren versucht, gibt es nicht. Also schließen wir Kompromisse auf Zeit.

Und welcher Art sind diese Kompromisse?

Wilson's Völkerliga geht von dem staatspolitischen Gedanken aus. Der Präsident der Vereinigten Staaten spricht zwar dauernd von dem Selbst-

bestimmungsrecht der Nationen. In der Tat aber läßt er die Nationalidee verkümmern. Nicht nur dadurch, daß er ganz einseitig bestimmte Völkerschaften, die seinem Herzen nahe zu stehen scheinen, allein mit dem Selbstbestimmungsrecht begnadet, es uns aber vorenthält, sondern auch dadurch, daß er den Friedensvertrag und den Völkerbund ganz einseitig als Schutzwaffe oder als Machtmittel ihm befreundeter Staaten hat ausgestalten lassen. Es ist der staatliche Egoismus, der überall unter Wilsons Segen da üppig ins Kraut schießt, wo Wilsons Staat und dessen Schutzgenossen stehen. Es kommt dem Begründer des Völkerbundes in der Tat nicht darauf an, daß die Gemeinschaft aller Erdvölker den Organismus gefunden hat, durch den sie sich nach dem ihr innewohnenden Gesetz entfalten kann, sondern daß die Völkergemeinschaft einer beschränkten Staatengruppe als Mittel dienen muß, durch das sich diese in ihrer beherrschenden Stellung behaupten will. Diese staatsegoistische Politik, die dem Gedanken der Völkergemeinschaft widerstreitet, ist der Wurm, der schließlich die Wilsonsche Völkerliga aushöhlen wird.

Wir haben auf beschränktem Raum schon einmal und zwar auf deutscher Erde ähnliches erlebt: als der deutsche Staatenbund auf dem Wiener Kongreß gegründet wurde. Der deutsche Bund von Anno 1815 sollte nach Metternichs und seiner Interessengenossen Wunsch nicht die wirkliche Einigung der deutschen Stämme bringen, sondern Österreich das Instrument liefern, durch das es sich über die Grenzen des habsburgischen Staates hinaus als die Vormacht in Deutschland behauptete. Die Wiener Politik hat auf die Dauer diese Absicht nicht durchsetzen können. Es bildete sich unter preukischer Grundlage auf deutschem Boden ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der deutschen Stammesstaaten, und während der österreichische Staatsegoismus den deutschen Bund hinderte, zu einem wirklichen Bundesstaat zu werden, und so sein Dasein unterwühlte, bereitete der deutsche Zollverein langsam die Einigung der Einzelstaaten zum Deutschen Reiche vor.

Ein ähnlicher Prozeß, so hoffe ich, wird sich im Wilsonschen Völkerbund vollziehen. Allerdings verkennt der Versailler Friedensvertrag keineswegs die Bedeutung der Macht, die die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander besitzen. Im Gegenteil, der Versailler Vertrag sieht eine Unmenge Bestimmungen vor, die Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollen. Er stellt die mitteleuropäischen Stromsysteme unter internationale Kontrolle; er nimmt uns unsere Handelsflotte; er errichtet eine dauernde Finanzbevormundung; er raubt uns unsere Kabel; er hindert uns in der Entwicklung des Luftverkehrs usw. Aber wie schon diese kurze Aufzählung beweist, der Versailler Friede ist nicht verkehrsentwickelnd, sondern verkehrshemmend. Und hier liegt die Todsfünde wider den Geist des Völkerbundgedankens.

Oder ist es nicht eine Ungeheuerlichkeit, die allem modernen Empfinden widerstreitet, wenn uns auf einem großen Flächenraum die Einrichtung von Landplätzen für Flugzeuge und Luftschiffe untersagt wird? Ist es denkbar, daß ein derartiges Verbot gehalten werden kann in einer Zeit, die gerade mit den Mitteln des Luftverkehrs alle staatlichen Grenzen überfliegt? Dampf, Elektrizität und Gas sind die Kraft, die auf Geleisen, zu Wasser und durch den Himmelsraum Fahrzeuge von immer wachsender Größe durch den engen Raum tragen und die Staatsgrenzen beständig näher zusammerrücken. Es ist ein Wahnsinn, ein oder mehrere Völker ihres Anteils an dieser Verkehrsentfaltung, an diesem Zusammenrücken der Nationen berauben zu wollen. Und ebenso ist es ein Grundirrtum zu glauben, die Entente könne auf die Dauer die Staaten, die mit ihr im Kriege gelegen haben, durch Vertragsbestimmungen von dem Handel mit der Übersee ausschließen.

Es ist der Verkehr, der die wahre Weltstaatengemeinschaft bildet. Wir sehen, daß diese Kraft schon am Werke war, als es politisch nur erst eine europäische Staatengesellschaft und jenseits des großen Wassers ein durch die Monroedoktrin geschütztes amerikanisches Staatensystem gab. Der Weltpostverein war der sichtbarste Ausdruck der Kraft, mit der der Verkehr an der Heranarbeitung

der Interessengemeinschaft der Weltvölker arbeitete. Es sind mit und nach ihm eine solche Fülle von Vertragsverhältnissen internationaler Art entstanden, die der Weltverkehr nötig gemacht hat, daß für ihre Aufzählung hier der Raum fehlt. Wer sich genauer unterrichten will, lese in Viszts Völkerrecht nach. Auf die Bedeutung des Weltpostvereins als Ausgangspunkt der Weltstaatenorganisation hat zuerst und immer wieder der Kieler Völkerrechtslehrer Niemeyer hingewiesen.

Der Verkehr ist die treibende Kraft, die sich den Organismus des Völkerbundes baut. Wenn heute, auch die Wilsonsche Verfassung berücksichtigt das, der internationalen Arbeitergesetzgebung ein bedeutender Spielraum im Rechtszustand des Völkerbundes eingeräumt wird, so ist es doch nicht die soziale Idee, die an der Weltstaatenordnung mitbaut, sondern es ist auch hier der Verkehr, der in diesem Fall auf dem Spezialgebiet der sozialen Beziehungen wirkt. Er selber, der Verkehr, bleibt die einzige Triebkraft, die die Staatengesellschaft entstehen und sich entfalten läßt. Also gilt es, vom Verkehr auszugehen, wenn nun für die Weltstaatengemeinschaft die politische Form gefunden werden soll.

Es handelt sich also um die Zusammenarbeit des Verkehrs- und des nationalstaatlichen Interesses.

Der Nationalstaat erhebt den Anspruch, daß sein Recht auf Selbstbestimmung, auf eigene Ordnung seiner Angelegenheiten möglichst wenig beschränkt sei. Die ständige Ausdehnung des Verkehrs hingegen bringt ihn mit immer mehr Völkern und Staaten der Erde zusammen, auf die er Rücksicht zu nehmen hat, wenn er überhaupt Wert darauf legt, mit ihnen in möglichst reibungslosem und daher am meisten fruchtbringendem Verkehr zu stehen. Rücksicht aber heißt Selbstbeschränkung. Der Nationalstaat, der in den Weltverkehr eintritt und an dessen Vorteilen teilnehmen will, muß daher erhebliche Stücke seiner Selbständigkeit opfern. Aber nicht mehr, als für den möglichst friedlichen Verkehr und dessen ständige Verbesserung nötig ist. Vor allem kann jeder Staat verlangen, daß dieses Opfer ein gegenseitiges sei.

Es gilt eine Weltverkehrsorganisation umfassendster Art zu schaffen. Daß diese dann vom wirtschaftlichen und finanziellen sowie sozialen Gebiet schließlich auch aufs reinpolitische übergreift, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die politische Ordnung dieser Weltverkehrsorganisation, die dann den Charakter einer Weltstaatengesellschaft erhält, ist der Schlüsselstein des ganzen Baues. Wilsons Völkerbund hingegen fängt mit der Errichtung des politischen Siebels an, weil er seinen Ursprung von den Kriegseignissen nimmt. Sicherlich gehört die Erfindung einer Methode, die die Kriege möglichst verhütet, auch zu den Aufgaben einer Organisation, die den Verkehr der Weltvölker von groben Störungen freihalten will. Aber schließlich ist der Krieg doch glücklicherweise immer noch ein Ausnahmezustand gewesen. Wer in erster Linie an Einrichtungen denkt, die ihn für immer unmöglich machen sollen, zäumt das Pferd beim Schwanz auf.

Es dürfte sich also empfehlen: Für alle irgendwie internationalen Charakter tragenden Verkehrszweige werden von allen Staaten besetzte Kommissionen eingesetzt. Diese haben allgemeine Verkehrsregeln auszuarbeiten und deren gleichmäßige Beobachtung bei allen Staaten der Weltverkehrsgesellschaft zu überwachen. Es werden also internationale Eisenbahnkommissionen, ebensolche Kommissionen für Fluß-, Kanal- und Seeschifffahrt, für Außenhandel, für den Austausch geistiger Güter, für Arbeiterschutz, für internationale Rechtspflege, für den Ausbau des Völkerrechts und zum Ausgleich zwischen staatlicher Machtgegensätze eingesetzt. Diese Vielheit von Kommissionen entsenden Sachverständige zur Bildung eines Weltschiedsgerichtshofes, der so für jeden Streitfall auf Grund der besten Fachkenntnisse ein Urteil fällen mag, das meinetwegen Zwangscharakter haben kann. Daß hinter der Durchführung eines solchen Urteils dann auch ein Machtmittel der Weltstaatenorganisation stehe, ist eine Naturnotwendigkeit, die sich aus dem Charakter dieser Organisation als einer Weltverkehrsordnung ergibt. Dieses Machtmittel wäre der Abbruch des internationalen Verkehrs gegen den das Urteil nicht anerkennenden Staat. Leider wird es gegenüber einem Weltstaat versagen,

der nach seiner Ausdehnung über alle Zonen der Erde und deshalb, weil er in sich über alle zum Leben und zur Entfaltung seines Volkstums notwendigen Lebensmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte wie Arbeitsmethoden verfügt, die Verkehrsunterbrechung ohne Schaden ertragen kann.

Umgekehrt aber wird für den Staat, der durch ein Urteil in seiner nationalen Lebensfähigkeit bedroht ist, nach wie vor der Spruch gelten: das letzte Heil, das höchste liegt im Schwerte. Er wird dann der Hecht im Karpfenteich der Weltstaaten-gesellschaft sein, dessen Selbstwille eine weitere Ausgestaltung der Weltstaatenordnung herbeiführen wird.



Die neue deutsche Glaubensspaltung

Von Dr. Karl Buchheim



enn der Deutsche heute gebeugt am Grabe seiner nationalen Hoffnungen steht, so klagt er mit Recht nicht nur die übermächtige Gewalt der auswärtigen Feinde an. Sie haben uns längst nicht allein zu Boden gedrückt. Sicherlich würden sie es niemals allein vermocht haben. Es ist vielmehr der innere Zwiespalt, der uns vernichtet hat. Kein andres Volk ist so zerrissen in seiner Seele, wie unser deutsches. Franzosen, Engländer, Italiener, Amerikaner haben ihre nationalen Ideale, an die sie alle glauben: Kapitalisten wie Arbeiter, Gelehrte und Bauern. Sie haben ihre großen Männer, die sie alle verehren. Wir Deutschen aber sind in unsrer Weltanschauung, in unsern geschichtlichen und politischen Wertbegriffen rettungslos gespalten, seit Jahrhunderten schon. Paul Nikolaus Cossmann in den Süddeutschen Monatsheften (März 1919) geht soweit, dem deutschen Volke angeborene nationale Perverberität vorzuwerfen, für die er bereits den byzantinischen Geschichtsschreiber Prokop (Gotenkrieg) als Zeugen anführt. Aber auch wenn man sich dem nicht anschließen will, so muß man doch feststellen, daß die nationalen Wertbegriffe unseres Volkes mindestens bereits seit der Reformation, oder vielmehr seitdem die Reformation nicht allgemein in Deutschland durchdrang, heillos gespalten sind. Seit Jahrhunderten wird ein Teil unseres Volkes dazu erzogen, darin die Wurzel aller möglichen Übel zu erblicken, worin der andere eine nationale Heldentat ersten Ranges sieht. So geht doch in der Tat das Urteil unseres Volkes über den Wittenberger Thesenanschlag und seine Folgen auseinander. Luther ist in den Augen der Protestanten einer der größten Deutschen aller Zeiten, während der Katholik doch allerhöchstens seinen guten Willen zugestehen kann, sein Werk aber immer mit Trauer betrachten muß. Seit der Kirchenspaltung ist die seelische Einheit unseres Volkes zerrissen, seitdem geht auch unser nationaler Instinkt in der Irre. Im dreißigjährigen Kriege erscheint Katholiken wie Protestanten der ausländische Glaubensgenosse näher verwandt als der andersgläubige Deutsche, und so geht das Urteil auseinander bis in die jüngste Zeit. Auch Bismarck kann der überzeugte Katholik nicht leicht die Verehrung eines Nationalhelden widmen, denn er ist ja der Verfolger der Kirche im Kulturkampf gewesen. Aber das furchtbare Unglück unseres Volkes hat man mit dieser Erkenntnis noch lange nicht ganz umfaßt. Es wird immer deutlicher, daß die sozialdemokratische Bewegung die deutsche Seele zum zweiten Male zerpalten hat, und daß auch dieser Spalt unheilbar zu werden droht. Ist es nicht, als ob Bürgerliche und Sozialdemokraten in ganz verschiedenen Welten wohnen, in denen ganz verschiedene Werte gelten? Was die einen anbeten, das verbrennen die andern. Große Männer verehrt die Sozialdemokratie auch. Aber sie tragen ganz andere Namen als unsere Helden. Unsere Geschichte hat für sie keinen Wert. Sie möchte, daß die Kinder in der Schule eine ganz